

Türkei – das gespaltene Land

Auf den ersten Blick ist im Gezi-Park alles normal. Es ist der Tag, an dem die Republik Türkei ihr 90. Jubiläum feiert. Auf dem Spielplatz schaukeln Kinder, Frauen mit und ohne Kopftuch sitzen um sie herum auf den Bänken, Spaziergänger schlendern über die Wege, alte Männer sitzen auf den Bänken. Aber vorn, zum Taksim-Platz hin, kampiert eine Hundertschaft Polizisten. Sie sitzen auf ihren Helmen, unterhalten sich, gucken auf ihre Handys, kaufen Sesamkringel von fahrenden Händlern. Sie könnten sofort losschlagen.

Die Lage ist angespannt, im Gezi-Park und in der türkischen Politik. Einen großen Anteil daran hat der islamisch-konservative Premierminister Recep Tayyip Erdogan. In dieser Woche wurde bekannt, dass er gegen die gemeinsame Unterbringung von männlichen und weiblichen Studenten in Wohnheimen und möglicherweise sogar Privathäusern vorgehen will. Sein Innenminister Muammer Güler setzte am Mittwoch noch eins drauf. Er behauptete, gemischte Wohnheime seien ein Nährboden für Terrorismus und Prostitution. Die Opposition reagierte empört.

Fünf Monate ist es her, da demonstrierten im Gezi-Park und auf dem Taksim-Platz Hunderttausende Türken. Erst ging es um ein geplantes Einkaufszentrum, das den Park, einen der letzten grünen Orte in Istanbul's Innenstadt, zerstört hätte. Dann griff die Polizei gewaltsam ein, und die Proteste weiteten sich aus. Anfang Juni demonstrierten in vielen türkischen Städten Millionen Menschen gegen die konservative Regierung Erdogan. Der Gezi-Park wurde zum Protestlager.

Am 31. Mai, dem Tag nach dem ersten Polizeieingriff, stieß der Medienwissenschaftler Erkan Saka (37) dazu. „Ich bin sonst nicht sehr aktiv und nicht so mutig, mich der Polizei entgegenzustellen“, sagt er. Doch dann verbrachte er seine Tage auf dem Taksim-Platz, demonstrierte, bloggte, postete und twitterte. Er erlebte dort, wie er sagt, „eine Art Utopia“. Schwulenhasser und Schwule, antikapitalistische Muslime und Neoliberale hätten zusammen auf dem Platz kampiert. „Sogar kurdische Nationalisten und türkische Nationalisten.“

Ist dieses Utopia das Modell einer neuen, besseren, toleranteren Türkei? Der Istanbul-Unternehmensberater Arda Sürel (43) glaubt das nicht. Die Türkei sei extrem polarisiert, sagt er. Sürel ist in Duisburg aufgewachsen, und das einzige, was er an Deutschland vermisst, ist die bürgerliche Diskussionskultur. „Versuchen Sie mal in der Türkei mit jemandem über Gezi zu reden, der anderer Meinung ist: Zwei-einhalb Minuten, und Sie schreien sich

Die Proteste in Istanbul sind verebht. Doch die Stimmung in der Türkei bleibt gereizt. Der Kulturkampf verschärft sich, die Politik ist polarisiert. Von Hanno Kabel

an.“ Für Sürel sind die Proteste im Gezi-Park nicht Ausdruck einer heranwachsenden Zivilgesellschaft, sondern eine Reaktion der alten Eliten auf ihren Machtverlust. „Der größte Teil der Bevölkerung“, sagt er, „sieht in Gezi eine Art Aufstand der ‚weißen Türken‘, denen das Land mal gehörte und denen es jetzt nicht mehr gehört.“

Die „weißen Türken“, das sind die weltlichen, urbanen Bürger, die glatt rasierten Männer, die Frauen ohne Kopftuch. Sie unterstützen die Politik der strikten Trennung von Staat und Religion, nach dem

„Der größte Teil der Bevölkerung sieht in Gezi eine Art Aufstand der ‚weißen Türken‘, denen das Land mal gehörte und denen es jetzt nicht mehr gehört.“

Arda Sürel (43), Istanbul-Unternehmensberater

Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk Kemalismus genannt. Die „schwarzen Türken“ dagegen sind die Machtbasis der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) von Premierminister Recep Tayyip Erdogan: gottesfürchtige Männer und Frauen, die es satt haben, von der westlich geprägten Elite bevormundet zu werden. Premierminister Erdogan hat sich selbst als „schwarzen Türken“ bezeichnet. Das Kopftuch ist das zentrale Symbol des türkischen Kulturkampfes. Die Regierung

Erdogan hat durchgesetzt, dass Studentinnen, Staatsbedienstete und neuerdings auch Parlamentarierinnen es tragen dürfen. Sie sieht das als Demokratisierung, die Kemalisten sehen es als Islamisierung.

Doch um die türkische Gesellschaft zu begreifen, genügt das Klischee von „weißen“ und „schwarzen“ Türken nicht. Unter den Demonstranten auf dem Taksim-Platz steht eine junge Frau mit sorgfältig gebundenem Kopftuch, die eine Nationalflagge mit überlebensgroßem Atatürk-Porträt trägt.

In ganz Istanbul und sogar im religiös geprägten Stadtteil Fatih ist es ein alltäglicher Anblick, dass zwei junge Frauen untergehakt zusammen gehen, die eine mit Kopftuch, die andere ohne. Aber die Regierung hat seit den Gezi-Park-Protesten nichts unversucht gelassen, die Gräben zwischen „Weißen“ und „Schwarzen“ zu vertiefen. Statt auf die Demonstranten zuzugehen, goss Premierminister Erdogan Öl ins Feuer. Er bezeichnete sie als Terroristen und Verräter. Mitte Juni räumte die Polizei den Gezi-Park. Am Ende gab es mehrere Tote, Hunderte Festgenommene und Tausende Verletzte. Bis in den Juli hielten die Proteste in der Türkei an, bis sie schließlich verebhten.

Erdogan regiert seit zehn Jahren und ist seitdem immer autoritärer, immer streitbarer geworden. Doch die Zeiten, in denen die Türkei sich diktatorisch regieren lässt, sind wohl vorbei. Mit seinem Wohnheim-Vorstoß stieß Erdogan sogar in der eigenen Partei auf Widerspruch. Der Blogger Erkan Saka glaubt aber nicht daran, dass es so bald wieder große Demonstrationen gegen die Regierung geben werde. „Ich habe mir nie zu große Hoffnungen gemacht“, sagt er. „Aber ich konnte zum ersten Mal sehen, dass die Zivilgesellschaft eine starke Regierung herausfordern kann. Auf lange Sicht kann sie auch die Politik verändern.“

Von der Straße der Unabhängigkeit her kommen Sprechchöre näher: „Wir sind die Soldaten Mustafa Kemals“, „Taksim ist überall“, „Polizisten, Mörder!“ Die Demonstranten ziehen über den Platz, bedrängt von Polizisten mit Helmen, schuss-sicheren Westen und Maschinengewehren. Vor sich tragen sie durchsichtige Schilde, mit denen sie eine Wand bilden. Ein stumpfes Klappern ist auf dem Asphalt zu hören, wenn die Wand vorrückt. Die Polizei schiebt die Demonstranten vor sich her und schneidet ihnen den Weg zum Gezi-Park ab. Einige Demonstranten schreien die Polizisten an, manche schlagen gegen die Schilde. Auf der Straße der Unabhängigkeit steht ein mächtiger Wasserwerfer mit laufendem Motor. Er könnte jeden Augenblick losgehen.



Kopftuch, Nationalflagge, Atatürk-Porträt: Die junge Frau auf dem Taksim-Platz in Istanbul setzt sich über die Gräben in der türkischen Gesellschaft hinweg. Foto: Hanno Kabel

HINTERGRUND

Der EU-Beitritt – eine unendliche Geschichte

1959 bewarb die Türkei sich um die Mitgliedschaft in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. 54 Jahre später ist sie noch immer Kandidat und wartet auf ein konkretes EU-Beitrittsdatum. Darüber ist Egemen Bagis frustriert. Der Politiker der regierenden konservativen AKP ist Minister für EU-Angelegenheiten und Chefunterhändler in den Beitritts-gesprächen, die in dieser Woche wieder begonnen haben. „Wir könnten leicht einen Platz im Guinness-Buch der Rekorde bekommen für die am längsten offenen Verhandlungen aller internationalen Organisationen“, sagt er.

2004, als die EU der Türkei erstmals Verhandlungen anbot, waren 73 Prozent der Türken für den Beitritt. Jetzt sind es nur noch 45 Prozent. „Das türkische Volk hat das Betteln satt“, sagt Bagis. Besonders verärgert zeigt Bagis sich über Zypern. „Die Lösung des Zypern-Problems, die keine Bedingung für die Mitgliedschaft Zyperns war, wird jetzt so dargestellt, als sei sie eine Bedingung für die Mitgliedschaft der Türkei“, klagt Bagis.

Wirtschaftlich ist die Türkei schon längst eng mit Europa verflochten. „Wir sind in Europa, alle wissen es, aber keiner redet darüber“, sagt die Istanbul-Textilunternehmerin Nur Ger. Die Türkei bildet eine Zollunion mit der EU. Etwa 40 Prozent ihres Handels wickelt sie mit der EU ab. Mehr als 70 Prozent der ausländischen Direktinvestitionen in der Türkei kommen aus der EU. Alle wichtigen Industrienormen der Türkei stimmen mit denen der EU überein. Doch Nur Ger will mehr. „Wir sind nicht Teil der politischen Entscheidungsmechanismen der EU.“ Sie ärgert auch, dass Türken noch immer Visa brauchen, um in den Schengen-Raum zu reisen. Und sie fürchtet, die Türkei könnte draußen bleiben, wenn die EU und die USA ein Freihandelsabkommen beschließen. „Das würde uns schaden.“

Der Fortschrittsbericht, den die EU-Kommission Mitte Oktober veröffentlichte, kritisierte einerseits die repressive Reaktion der Regierung auf die Demonstrationen im Frühling, lobte aber andererseits ihr Demokratisierungspaket von Ende September, das unter anderem Verbesserungen für ethnische Minderheiten, ein mögliches Ende der Zehn-Prozent-Hürde bei Wahlen und mehr Dialog mit außerparlamentarischen Bewegungen verspricht. Zum ersten Mal seit drei Jahren verhandeln EU und Türkei jetzt ein neues Kapitel. Der türkische EU-Minister Bagis geht selbstbewusst in die Gespräche. „Europa braucht große Länder mit junger Bevölkerung“, sagt er. „Wir sind ein sehr wichtiger Markt.“ Hanno Kabel

ANZEIGE

ID:101141
größe:6.395 von1051.625
Saturn Elektro Handelsgesell-,